



Niederschrift

64. Plenarsitzung des Gemeinderates
14. Mai 2019, 13:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

21.

Punkt 24 der Tagesordnung: Beschluss der Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbandes (NVK) zur öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Flächennutzungsplanes 2030 sowie des dazugehörigen Landschaftsplanes 2030 des NVK: Zustimmung der Stadt Karlsruhe

Vorlage: 2019/0155

dazu:

Flächennutzungsplan 2030 im Nachbarschaftsverband: Keine neuen Gewerbegebiete Knielingen West

Änderungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2019/0495

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit/Naturschutzbeirat und im Planungsausschuss den Entwürfen des Flächennutzungsplanes 2030 und des Landschaftsplanes 2030 zu und beauftragt den Oberbürgermeister, in der Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe den Vorlagen zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: mehrheitlich zugestimmt

Änderungsantrag: mehrheitlich abgelehnt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 24 zur Behandlung auf, verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Planungsausschuss sowie die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Zeh (SPD): Es ist jetzt der Flächennutzungsplan 2030 zum ersten Mal zur Auslegung vorgesehen. Aber ein Fazit muss ich gleich ziehen, wenn ich zuerst auf die Wohnbauflächen eingehe. Der Mangel an Bauland für Wohnungen wird bestehen bleiben in Karlsruhe. Wir wollten ursprünglich 258 ha ausweisen gemäß Zuweisung vom Nachbarschaftsverband. 173 ha haben wir bereits ans Umland abgegeben. Wenn man aber Stutensee

ansieht, sieht man, dass auch im Umland Wohnbau nicht einfach ist. 85 ha haben wir in die Prüfung eingegeben. Es sind inzwischen insgesamt 23 ha gestrichen worden, so dass wir jetzt nur noch 62 ha zur weiteren Auslegung bereithalten. Wenn man dann noch die einzelnen Grundstücke sieht, ich möchte hier explizit einmal Oberreut erwähnen mit dem Jugendgarten und den alten Bäumen, dann weiß man, dass die Flächen nicht komplett überall bebaubar sind, sondern teilweise Einschränkungen haben. Insgesamt, man sieht es in der Anlage für den Nachbarschaftsverband, werden 7.358 Wohnungen nach Berechnungen des Stadtplanungsamtes insgesamt über diese 62 ha möglich sein. Wenn man die Anfrage der Freien Wähler, Tagesordnungspunkt 58, anschaut, werden bis 2030 20.000 Wohnungen benötigt. Das heißt, es bleibt ein Defizit von rund 10.000 Wohnungen, das über Bebauung von Parkplätzen, Aufstockung von Gebäuden oder Nachverdichtung besorgt werden muss. Wohnungen werden dadurch sicher nicht billiger werden, weil das Bauland allein schon teuer ist.

Ein Stichwort zum Antrag der GRÜNEN. Den GRÜNEN ist bekannt, dass diese Flächen in Knielingen nicht bebaut werden sollen, sondern nur als Vorratshaltung da sind. Es steht explizit drin, dass sie als Tausch für nicht vorhandene interkommunale Gewerbeflächen da sind, die noch im Gespräch sind. Ich kann nur feststellen, nachhaltige Stadtentwicklung heißt auch Schaffung von Arbeitsplätzen. Deshalb müssen die Flächen auch drin sein. Man kann nicht alles nur als Grünland machen. Hier fehlt den GRÜNEN teilweise wohl das Verständnis für das, was Wirtschaft macht.

Insgesamt werden wir der Auslegung zustimmen, mit den genannten Bedenken wie Wohnen, weil das Wohnen weiter Mangelware ist.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ich kann in wesentlichen Teilen auch für die CDU-Fraktion den Ausführungen des Kollegen Zeh durchaus folgen und diese unterstützen. Wir haben seit 2012 mit diesem Thema herumgeackert, im wahrsten Sinne des Wortes. Die Ausbeute ist, wenn man das Ergebnis sieht - Sie haben die konkreten Zahlen, die ich jetzt nicht wiederholen muss -, eigentlich mager. Aber immerhin, es ist auch ein Ausblick für interkommunale Ideen noch möglich. Ich bitte, die Hoffnung hier nicht aufzugeben und in diese Richtung die Verwaltung auch ermuntern weiterzumachen. Das wäre schon eine wichtige, gute Entwicklung im Nachbarschaftsverband.

Was das Wohnen angeht, will ich noch einmal betonen, wir reden hier über Innenentwicklung und merken, wie das in dieser Stadt sehr schwierig ist. Aber wir brauchen die Innenentwicklung, zweifelsfrei. Im Flächennutzungsplan 2030 geht es um die Entwicklung neuer Flächen. Es soll nur deutlich werden, auch für diejenigen, die jetzt innerhalb der Stadt sich belastet fühlen, dass wir uns in allen Bereichen um Flächen kümmern, die für neue Wohneinheiten erforderlich sind. Im Planungsausschuss gab es eine sehr schöne Folie, aus der man gesehen hat – das will ich einmal plastisch wiedergeben -, dass die gesamte Stadt sehr gleichmäßig, und ich meine sehr ausgewogen und maßvoll mit Flächen belegt wurde. Auch das ist mir wichtig, dass es hier einmal erwähnt wird.

Was für das System des Flächennutzungsplanes auch öffentlich gesagt werden muss, man hat sich vorgenommen, in allen Bereichen, ob Karlsruhe oder die Umlandgemeinden, mit gleichen Verdichtungsmaßstäben zu arbeiten. Ich glaube, das ist ein ganz gravierender Schritt, weil wir alle auch mit den knappen Flächen des Umlandes sehr gleichmäßig umgehen, aber auch für Karlsruhe diese Herausforderung annehmen. In gleicher Weise ist es der

Ausgleich von Flächen innerhalb der Gemeinden, dass man Kontingente ausgleichen kann. All das ist eine wichtige Entwicklung, die uns zwar zu wenig Flächen bringt, aber uns immerhin auf den richtigen Weg bringt.

Zum Antrag der GRÜNEN ist wirklich nicht viel mehr zu sagen, als schon gesagt wurde. Wir brauchen diese Masse zumindest als Tauschmasse für andere Gewerbeflächen, die wir im interkommunalen Bereich oder sonst wie brauchen. Also, ich glaube, mit diesem Gesamtentwurf kann man gut leben. Wir ermächtigen den Herrn Oberbürgermeister, für die Stadt in diesem Sinne zu stimmen.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Dem Landschaftsplan können wir so zustimmen, wie er hier genannt ist. Beim Flächennutzungsplan hatten wir bei den Detailabstimmungen immer wieder einmal Bedenken, haben aber am Ende zugestimmt und können auch jetzt zustimmen, was den Teil Wohnen angeht. Da möchte ich nur eine Bemerkung machen. Wir müssen uns davon verabschieden, Eigenheime zuzulassen. Wir brauchen Geschosswohnungsbau, um die wenigen Flächen, die wir haben, das wurde jetzt schon mehrfach betont, auch wirklich auszunutzen und möglichst viele Wohnungen darauf zu bauen. Wenn wir schon versiegeln, dann soll es sich auch lohnen.

Womit wir Probleme haben, sind die Gewerbegebiete. Das haben wir auch damals angesprochen und haben deswegen dagegen gestimmt, wegen der beiden Gewerbegebiete Knielingen West I und II. Wir haben auch in unserem Änderungsantrag geschrieben, wir wissen, dass das als Tauschfläche vorgesehen ist. Aber wir wollen verhindern, dass da jemals irgendetwas an Gewerbe hinkommt, weil es überhaupt nicht an diese Stelle passt. Die Gebäude müssten gegen Hochwasser abgesichert werden. Deshalb will auch keiner die Gewerbegebiete haben, weil da niemand investieren will. Dann sollten wir aber so ehrlich sein, die auch aus der Liste zu streichen. Deshalb haben wir den Änderungsantrag gestellt, diese beiden Flächen zu streichen. Wenn wir damit nicht durchkommen, würden wir den Teil Gewerbegebiete ablehnen. Deshalb bitte ich um getrennte Abstimmung, Landschaftsplan und Wohngebiete auf der einen Seite und Gewerbegebiete auf der anderen Seite.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Die Fortschreibung des Flächennutzungsplans hat generationenübergreifende Bedeutung. Die Gemarkungsfläche ist begrenzt. Die verbliebenen Freiflächen haben eine enorme Bedeutung für die Natur, für den Artenschutz, für den Klimaschutz, für das Grundwasser, für die Landwirtschaft und für die Naherholung. So sehen wir das auch bei Knielingen West und stimmen daher dem Änderungsantrag der GRÜNEN zu.

Zur generationenübergreifenden Betrachtung gehört der anhaltende Zuzug nach Karlsruhe, der Druck auf den Wohnungsmarkt und die globale Erkenntnis, dass Städte die nachhaltigste Wohnform sind. So sollten unserer Meinung nach bei der Mackensen-Kaserne Studierendenwohnheime vorgesehen werden. Ziel des Flächennutzungsplans sollte sein, der Innenentwicklung Vorrang vor der Neuausweisung von Freiflächen zu gewähren, durch Baulückenschließung, durch Aufstocken und vereinzelt auch durch Abriss und Neubau. Zur Außenentwicklung haben wir nur noch wenige Flächen, vor allem bei Neureut. Zur Nachhaltigkeit und wegen dieser faktischen Grenzen ist beim Flächenverbrauch daher ein Netto-Null langfristig anzustreben. Dies steht auch im Einklang mit den Langfristzielen des Landes und des Bundes. Das heißt, in zukünftigen Flächennutzungsplänen müssen neu bebaute Flächen durch Entsiegelung und Umwandlung bebauter Flächen ausgeglichen werden.

Insgesamt sehen wir die Vorlage als guten Kompromiss und werden ihr daher zustimmen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): In der Vorlage, die wir jetzt beschließen für die Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbands Karlsruhe, steht bei Wohnbauflächen, dass diese Studie vor dem Hintergrund des enormen Zuzugs von Flüchtlingen veröffentlicht ist, und dass deswegen diese enormen Flächen notwendig sind.

(Zurufe)

- Ich bin noch nicht am Ende, abwarten.

(Weitere Zurufe)

- So steht es aber in der Vorlage. Ich glaube, dass das auch nicht stimmt. Aber wenn ich einmal zu Ende reden darf, erkläre ich das.

Rechtzeitig zu unserem damaligen Streit hier, welche Flächen wir mit hinein nehmen, welche wir draußen lassen, haben wir die kleinräumige Bevölkerungsprognose 2035 vorgelegt bekommen, aus der zu entnehmen war, dass die Bevölkerung in Karlsruhe zwischen 2011 und 2015 um 15.000 Menschen zugenommen hat. Die Prognose, die dann auch bestätigt wurde letztes Jahr durch die Regionalverbandsstudie „Wer wohnt wie?“, ging davon aus, dass dieses Wachstum so weiter anhält, was bedeutet, dass wir bis 2025 noch einmal 15.000 Menschen mehr hätten hier in Karlsruhe. Vor diesem Hintergrund hieß es, wir brauchen all diese Flächen. Nun hat sich aber die Statistik seit dem vorletzten Jahr ganz anders entwickelt. Auf einmal ist die Bevölkerung wieder zurückgegangen. Deswegen fragen wir uns schon, ist das überhaupt noch nötig? Sind all diese Flächen überhaupt noch nötig, die wir jetzt ausweisen? Für uns ist ein Stück weit die Basis des Ganzen weggebrochen. Viele dieser Flächen, die wir damals beschlossen haben, haben uns eigentlich nicht gepasst, gerade in Neureut, wo Bereiche, die sehr wichtig sind für die Durchlüftung der Stadt - das haben wir oft genug gesagt bekommen, dass dieser Ost-West-Korridor sehr wichtig ist für die Durchlüftung der Stadt -, jetzt zugebaut werden sollen. Es gibt andere Beispiele überall in der Stadt, wo Bereiche zugebaut werden sollen, wo wir überzeugt sind, dass die frei bleiben müssen. Deswegen werden wir heute nicht zustimmen, sondern dagegen stimmen.

Der Vorsitzende: Es gibt keine Wortmeldungen mehr. Ich möchte nur noch einmal eine Formulierung präzisieren. Wir hatten uns nicht vorgenommen, 250 ha darzustellen. Die 250 ha wären das Mögliche gewesen, wenn man die Fortschreibung des Bedarfs analysiert. Aber es war nie unser Ziel. Wir kommen von vornherein gar nicht in diese Dimension und können es Gott sei Dank über die Umlandgemeinden ein Stück weit auffangen, zum Teil aber auch nicht. Darauf müssen wir uns jetzt einstellen.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Jetzt rufe ich zuerst den Änderungsantrag der GRÜNEN auf, diese Gewerbegebiete Knielingen West I und II aus dem Flächennutzungsplan herauszunehmen. – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Insofern steht jetzt die Vorlage der Verwaltung zur Abstimmung. Es war gewünscht, dass wir den Teil Wohnen und den Teil Landschaftsplan getrennt vom Teil Gewerbe abstimmen.

Insofern bitte ich jetzt erst einmal um die Abstimmung zum Teil Wohnen im Flächennutzungsplan und zum Landschaftsplan. – Das ist eine Zustimmung mit großer Mehrheit.

Jetzt rufe ich den Teil Gewerbe auf. – Das ist eine große Mehrheit.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
18. Juni 2019